



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

Juni 2006

Über 46 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 111

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident:
Nationalrat Dr. Pirmin Schwander
Vizepräsidenten:
Jean-Dominique Cipolla, Notar
Nationalrat Luzi Stamm
Rudolf Syz, Unternehmer

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

Neue Herausforderungen

Liebe AUNS-Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Nach dem Fall der Berliner Mauer folgte die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik kritiklos dem internationalen Wahlspruch: «Bekämpfe die Krise vor Ort, sonst kommt sie zu dir.» Dieser Werbeschlager folgte unmittelbar dem von den Gründervätern der Europäischen Union verfolgten Ideal: Nie wieder Krieg in Europa! Gemeint war die jahrhundertlange kriegerische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich um die Vorherrschaft in Europa. Doch was ist aus diesem Ideal geworden? Nichts als ein Versuch, die Vergangenheit zu bewältigen. Die Zukunft wurde bis heute ausser Acht gelassen. Sonst stünde die Europäische Union nicht so ratlos vor den Herausforderungen der Zukunft: Schuldenberge, finanzielle und moralische Krise der Sozialwerke, Immigration, Islamismus, Arbeitslosigkeit, Asylmissbrauch. Den heutigen und künftigen Problemen kann nicht mit moralischer Vormundschaft und Denk- und Redeverboten begegnet werden.

Die EU ist ein Gebilde, dessen politische Strukturen und Führungsaufbau ungeklärt sind, heute noch mehr als in der Vergangenheit. Nichtsdestotrotz wollen Bundesrat, Anpasser und Gleichmacher – ein Hort von realitätsfremden Idealisten und Träumern – die Option «EU-Beitritt» offen halten, die bestehenden bilateralen Abkommen in einem Rahmenabkommen vereinheitlichen und gleichschalten, die Zollunion als währungspolitische Notwendigkeit hinstellen und den unsichtbaren Ausbau der institutionellen Bindung an die EU leichtfertig und am Volk vorbei beschleunigen. Sogar die bisher einflussreiche *economiesuisse* wird wegen ihrer «EU-Nein-Haltung» von den eigenen Mitgliedern und von der Politik getadelt.

Die EU hat sich in den letzten Jahrzehnten weit weg von den Idealen der Gründerväter entfernt. Die politische Romantik «Nie wieder Krieg» hat sich zu einer riesigen Verteilungsmaschine von Macht und Geld gewandelt. Ineffizienz, Verschwendung und Bürokratie sind die traurige Wirklichkeit. Bevor wir die Krise in fernen Ländern bekämpfen, sollten wir zuerst die eigene Krise bekämpfen. Sie ist nämlich längst bei uns. Es scheint, der Kommunismus herrsche unsichtbar weiter, unter dem Pseudonym «Soziale Gerechtigkeit». Oder gibt es eine andere Erklärung, wenn sich Staat und Politik anmassen, mit einer immer grösser werdenden Gesetzesflut die Gesellschaft zu zähmen, jeden in die Schranken zu weisen und die Meinungsfreiheit einzuschränken? Die erste Aufgabe eines demokratischen Staates ist es, die Freiheit des Einzelnen zu garantieren und zu schützen. Für unser Lebensglück ist nicht der Staat verantwortlich – dafür sind einzig und allein wir selbst verantwortlich. Setzen wir uns also kompromisslos ein für unsere Freiheit und Unabhängigkeit – des Einzelnen und unserer Heimat Schweiz.

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Der Präsident:

Dr. Pirmin Schwander, Nationalrat

Aktuell – historisch – spannend – gemütlich

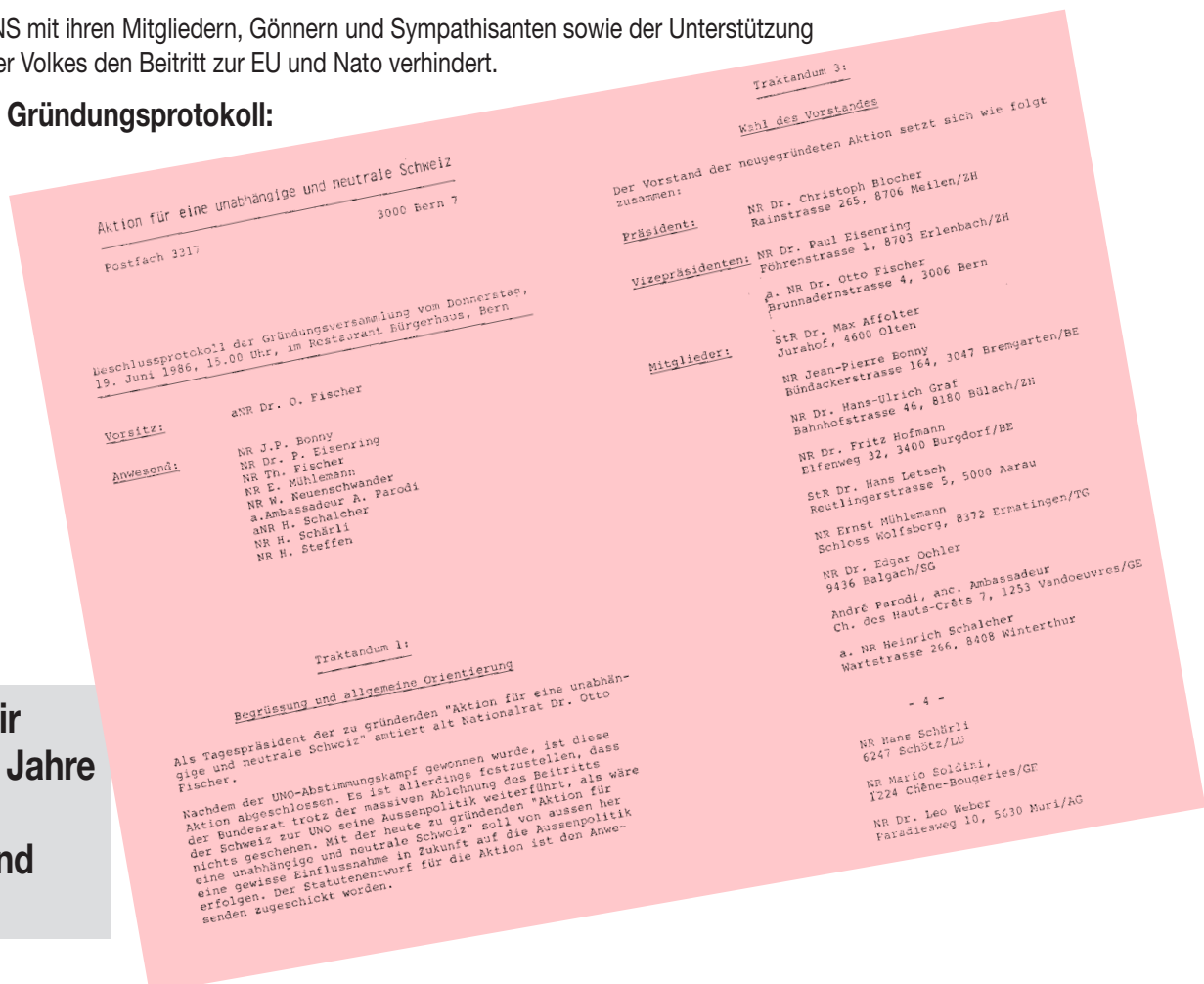
Am Samstag, 28. Oktober 2006 findet die grosse Jubiläumsveranstaltung «20 Jahre AUNS» statt. Reservieren Sie sich diesen Tag! Das Programm erhalten Sie Ende Juli mit dem nächsten Grauen Brief.

20 Jahre AUNS

Vor 20 Jahren, am 19. Juni 1986, wurde die AUNS gegründet!

Seit 20 Jahren hat die AUNS mit ihren Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten sowie der Unterstützung der Mehrheit des Schweizer Volkes den Beitritt zur EU und Nato verhindert.

Ausschnitte aus dem Gründungsprotokoll:



Jetzt nehmen wir die nächsten 20 Jahre in Angriff: Nein zum EU- und Nato-Beitritt.

21. Mitgliederversammlung der AUNS

«Eigenständigkeit und Kreativität statt EU-Beitritt»

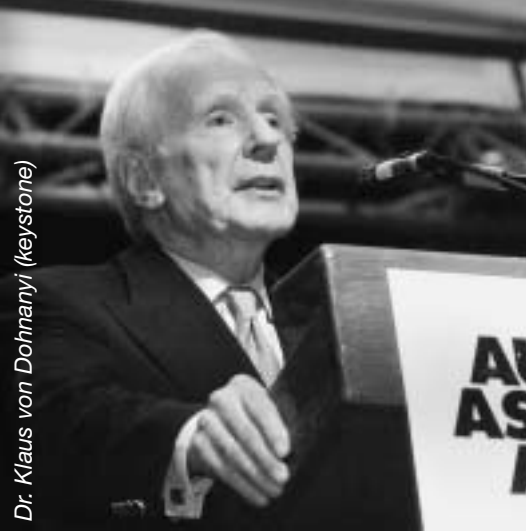
Die von rund 1000 Teilnehmern und Gästen besuchte Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) vom Samstag, 6. Mai, in Bern stand ganz im Zeichen des AUNS-»Kerngebietes«, nämlich der Europapolitik der Schweiz. Die aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der AUNS eingeladenen drei Top-Referenten – Dr. Klaus von Dohnanyi, ehemaliger SPD-Bundesminister und Erster Bürgermeister aus Hamburg, der Unternehmer und Financier Dr. Tito Tettamanti, sowie Professor Dr. Franz Jaeger von der Hochschule St. Gallen –, beleuchteten das Wesen und die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU und warnten sowohl aus politischer als aus wirtschaftlicher Sicht vor einer Einbindung in die EU.

AUNS-Präsident und Nationalrat Dr. Pirmin Schwander betonte im Saal des Hotels «National», der 20-jährige Kampf der AUNS als überparteiliche Lobby für Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität habe sich gelohnt. Es sei massgeblich das Verdienst der AUNS, dass ein folgenschwerer EWR-/EU-Beitritt abgewendet und der bilaterale Weg gestärkt worden sei. Die AUNS werde ihren Kampf so lange fortsetzen, als unsere höchsten Staatsgüter durch eine

kleinmütige, anpasserische Politik aus Bundesbern gefährdet seien. Als Verteidigungs- und Schutzinstrument auch gegen moderne Bedrohungen forderte Schwander eine moderne Milizarmee «im eigenen Land, für das eigene Land», welche in der Lage sei, den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Den «Entwicklungsschritt 08/11» lehnt die AUNS als verfassungswidrig und untauglich ab.

Dohnanyi: Ja zu bilateraler Kreativität, nein zum Moloch Brüssel

Gemäss Dr. Klaus von Dohnanyi hat die Schweiz als europäisches Kernland und als Mikrokosmos europäischer Geschichte die Frage zu beantworten: Wie bewahren wir angesichts der europäischen Integration unsere Eigenheit, ohne unsere wirtschaftlichen Interessen zu schädigen? Zur Beantwortung dieser Frage sei insbesondere zu beachten, dass es der Schweiz seit über



Dr. Klaus von Dohnanyi (keystone)



Dr. Tito Tettamanti (keystone)

350 Jahren durch einen konsequenten Neutralitätskurs gelungen sei, sich aus den kriegerischen Auseinandersetzungen der grossen Nachbarn herauszuhalten. Stattdessen sei sie zum Geburtsland des Roten Kreuzes, zum Standort zahlreicher Einrichtungen der Völkerverständigung sowie zum Standort internationaler Unternehmen der Finanzwirtschaft und der Industrie geworden. Eine entscheidende Ursache dieses in der Geschichte einmaligen Erfolges einer Nation liege in ihrer freiheitlich-demokratischen Verfassung und im Prinzip der Eigenverantwortung.

«Die Schweiz ist für mich aufgrund ihrer einzigartigen politischen Strukturen das achte Weltwunder.»

Klaus von Dohnanyi

Ein Beitritt zur EU, einem «Gebilde, dessen politische Strukturen und dessen Führungsausbau heute ungeklärt sind», würde die einzigartige Besonderheit der Schweiz unausweichlich zerstören. Entscheidungen würden in Zukunft nicht mehr vom Schweiz-Bürger, sondern von einem «bürokratischen Mo-

loch in Brüssel» oder einem fernen Parlament getroffen, und die Schweiz könnte damit auch ihre ökonomischen Vorteile verlieren, warnte Dohnanyi. Er plädierte für eine kluge Strategie gegenüber dem Europäisierungs- und Globalisierungsprozess. In eigener Entscheidung und unter Wahrung der Schweizer Interessen sei dieser Weg bilateral und kreativ zu verfolgen.

Tettamanti: Realitätsverweigerung der Europhilen

Dr. Tito Tettamanti plädierte für ein klares Nein zu einem EU-Beitritt aus seiner Sicht als Unternehmer. Wer sich als Schweizer der krisengeschüttelten EU anschliessen wolle – der EU der Reglemente, der hohen Steuern und der Ohnmacht –, leide an Realitätsverweigerung. Tatsächlich hätten die drei Gründerväter der EU, der Franzose Robert Schumann, der Deutsche Konrad Adenauer und der Italiener de Gasperi, mit der Forderung «Nie wieder Krieg» ein hohes Ideal verfolgt. «Aber die Welt verändert sich, und jedermann weiss: Das Ziel ist erreicht. Frankreich und

Deutschland werden nie mehr gegeneinander in den Krieg ziehen.» Die EU gebe gültige Antworten auf eine längst vergangene Vergangenheit – während sie ratlos vor den Herausforderungen der Zukunft stehe. Tettamanti nannte insbesondere den Islamismus, die finanzielle und moralische Krise des Sozialstaates, die Immigration und die aufsteigenden Grossmächte China und Indien: «Die EU hat hierfür keine Strategie, sondern es sind die Nationalstaaten, die versuchen, der neuen Lage Herr zu werden», stellte Tettamanti fest.

Für die Schweiz liessen sich aus einem EU-Beitritt auch keine wirtschaftlichen Vorteile erkennen. Mit der niedrigen Arbeitslosenrate und der vergleichsweise moderaten Verschuldung und Steuerlast (7,6 statt mindestens 15 % Mehrwertsteuer) gehe es uns besser als vielen andern. Den «Beitritt mit Ausnahmen» der SP geisselte Tettamanti als Träumen am helllichten Tag: «Gibt es jemand, der so blauäugig ist zu glauben, dass 450 Millionen Menschen ihre hart erkämpften Regeln zu ändern bereit sind, bloss um sieben Millionen reichen Schweizern das Leben zu erleichtern?» Die zentrale Frage laute: Wie können wir im Spiel der Grossen unsere Interessen als Kleinstaat am besten verteidigen? Tettamantis Antwort: «Wenn uns der Wille, eigenständig zu sein, nicht abgeht, wenn wir weiterhin härter arbeiten als andere, dann hat die Schweiz beste Voraussetzungen für eine gute Zukunft.»

Jaeger: Diversifizierung der Aussenwirtschaftspolitik statt EU-Fixierung

Dr. Franz Jaeger trat als liberaler Wirtschaftsprofessor vehement für eine «neue Balance in der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik» ein. Tatsache sei, dass die Schweiz im EU-Vergleich wirtschaftlich überdurchschnittlich gut unterwegs sei. Eine Einbindung in die Eurozone beraubte unser Land globaler Wachstumschancen. Denn die daraus resultierenden gewaltigen Zins-, Inflations- und Arbeitslosigkeitsrisiken sowie die Gefahren im Bereich der öffentlichen Verschuldung würden gegenüber allfälligen EU-Binnenmarktvorteilen deutlich überwiegen, warnte Jaeger. Mit der Aufgabe des Schweizer Frankens zugunsten des Euros würde

Wiederum rund 1000 AUNS-Mitglieder in Bern (keystone) ▼



die Schweizerische Nationalbank ihre eigenständige und erfolgreiche Inflationsbekämpfung-, Tiefzins- und Wechselkursstabilisierungspolitik an die Europäische Zentralbank delegieren. Dadurch würden sich die Inflation und die Zinsen zwangsläufig dem deutlich höheren EU-Niveau anpassen. Unsere Staats- und Sozialschulden, aber auch unsere gewaltigen Hypothekerverpflichtungen (von insgesamt bald ei-

ner Billion Franken) würden sich in der Folge um bis zu 65 % verteuern.

Notwendig sei hingegen eine umfassende Liberalisierung und Öffnung unseres Binnenmarktes für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit, betonte Jaeger. Darüber hinaus müsse die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik von einer isolierten EU-Fixierung wegkommen und eine globale wirtschaftliche Öffnung anstreben. Rich-

tung Naher Osten, Skandinavien, Osteuropa, Asien und Amerika.

Die Reden von Dr. Klaus von Dohnanyi, Dr. Tito Tettamanti und Prof. Dr. Franz Jaeger sind auf www.auns.ch abrufbar.

Ende Juli 2006 werden Sie eine Broschüre mit den Reden erhalten.

Die Mitgliederversammlung verabschiedete die folgende Resolution (Auszug):

1. Nach 20 Jahren AUNS steht fest: Unser **Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit** hat sich gelohnt. Es ist massgeblich der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz zu verdanken, dass ein EWR-/EU-Beitritt der Schweiz verhindert werden konnte. Ohne die AUNS wäre die Schweiz heute Mitglied der EU, die sich in einer schweren Krise befindet und deren zentralistisches, bürokratisches System zu unserer direkten Demokratie wie die Faust aufs Auge passt. Dank der Politik der AUNS wurde der bilaterale Weg, den die Eidgenossenschaft seit ihrer Gründung vor über 700 Jahren erfolgreich beschreitet, gestärkt. Die AUNS wird ihren Kampf für eine unabhängige und neutrale Schweiz so lange weiterführen, als unsere höchsten **Staatsgüter** durch eine verfehlte Politik des Anpassertums an Brüssel und an die NATO **gefährdet** sind.
2. Die AUNS macht sich grosse Sorgen um die Zukunft unserer Milizarmee, die von VBS-Bürokraten mehr und mehr zur Nato-Hilfstruppe umfunktioniert wird. Auf dem Boden unserer bewaffneten Neutralität wollen wir eine moderne **Verteidigungs- und Schutzarmee – im eigenen Land, für das eigene Land**. Wir wollen eine Milizarmee, die ihren Hauptauftrag im Sinne des Artikels 58 der Bundesverfassung («Die Armee dient der Kriegsverhinderung; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung»), erfüllen kann. Wir lehnen den so genannten «Entwicklungsschritt 08/11» als verfassungswidrig und untauglich ab und fordern den Verzicht auf zusätzliche militärische Auslandseinsätze und den Rückzug der teuren, unsinnigen Swissscoy-Alibiübung in Kosovo.
3. Weil in Bundesbern trotz wortreicher Bekenntnisse zur souveränen Schweiz und zum bilateralen Weg weiterhin Kräfte am Werk sind, welche die Schweiz direkt oder schrittweise in die EU und in andere internationale Machtgebilde einbinden wollen, hat der AUNS-Vorstand beschlossen, eine **Volksinitiative** vorzubereiten. In der Bundesverfassung soll sinngemäss verankert werden: Der Bundesrat darf keine Verträge abschliessen, welche unser Land institutionell in internationale Organisationen einbinden und uns verpflichten, neues, fremdes Recht zu übernehmen.

Schweiz–EU

«Ost-Milliarden»: Fass ohne Boden; Angriff auf unsere Souveränität

Die neuesten Signale aus Brüssel sind klar: Die EU will von der Schweiz (über die «Ostmilliarde» hinaus) weitere Zahlungen in unbegrenzter Höhe. Die Kohäsionszahlungen zugunsten des wirtschaftlichen Aufbaus der neuen EU-Staaten drohen definitiv zum Fass ohne Boden und zu einer Gefahr für unsere Souveränität zu werden.

Die Forderung aus Brüssel nach weiteren 300 bis 350 Millionen Franken für den Beitritt von Rumänien und Bulgarien liegt bereits auf dem Tisch und wird beispielsweise von der NZZ (17.5.2006) eifertig als «logisch» bezeichnet. Zusätzliche Forderungen im Hinblick auf den EU-Beitritt von Kroatien, weiterer Balkanländer und der Türkei werden folgen. Und «Bundesbern» wird willig zahlen. Denn im Bundeshaus (und in den Ringier-Redaktionsstuben, die Bundesrätin Calmy-Rey als Sprachrohr benützen – oder umgekehrt?) wird man

dem Schweizer Volk stets aufs Neue weismachen, unsere Wirtschaft «profitiere» vom erweiterten EU-Markt. Wir müssten deshalb solidarisch unseren Teil leisten.

Die «Ostmilliarde» – nur der Eintrittspreis?

Die Milchkuh Schweiz soll aber nicht nur bei EU-Erweiterungen zahlen, sondern sich zusätzlich bei künftigen Zahlungsrunden an die «ärmeren EU-Länder» beteiligen. So schreibt die NZZ (17.5.06): «Es ist zu erwarten, dass es mit einer

einmaligen, auf fünf Jahre beschränkten Zahlungsverpflichtung von einer Milliarde (neue Oststaaten) plus 300 Millionen Franken (Rumänien, Bulgarien) – quasi als Eintrittspreis – nicht ein für alle Mal getan sein wird. Denn innerhalb der EU werden auch noch in fünf Jahren Kohäsionszahlungen an die ärmeren Länder ausgerichtet werden.» Und in voreuseilendem Gehorsam sagt die NZZ: «Weshalb also sollte sie nicht erneut mit einem Begehren an die Schweiz gelangen?»

Nur Referendum verhindert Souveränitäts-Verlust!

Wenn nun die Bundesratsparteien SP, FDP und CVP den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die aktuelle Milliardenzahlung für die neuen Oststaaten mit allerlei Schlaumeiereien schmackhaft machen wollen, so ist das pure Bauernfängerei. Selbst dann, wenn die Milliarde, wie ursprünglich vom Bundesrat beschlossen, in den genannten Departementen vollständig kompensiert würde – und davon ist man meilenweit entfernt – werden die weiteren Zahlungsforderungen aus Brüssel zum Fass ohne Boden. Zudem ist die Souveränität des Schweizer Volkes bei Annahme des Osthilfegesetzes massiv in Frage gestellt. Denn nach einer Annahme des Gesetzes könnte gegenüber weiteren Millionen- oder Milliardenforderungen aus Brüssel kein Referendum mehr ergriffen werden.

Umso dringender ist es, dass das Osthilfegesetz als Grundlage für weitere erpresserische Forderungen mit dem Referendum verhindert wird.

Wir bitten Sie deshalb um einen Schlusspunkt:

Füllen Sie in Ihrem Bekanntenkreis noch einen Unterschriftenbogen aus. Senden Sie noch vorhandene ganz oder teilweise ausgefüllte Unterschriftenbogen rasch ein, spätestens bis zum 25. Juni 2006.

Weitere Bogen bitte per Fax (031 356 27 28) oder Tel. (031 356 27 27) bestellen. Besten Dank!

Schengen

Schwindel ohne Ende

Die Kosten, welche die Schweiz im Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen zu tragen hat, sind um ein Mehrfaches höher als veranschlagt: Nicht 7,4 Millionen pro Jahr, wie seinerzeit im Bundesbüchlein angegeben, sondern über 20 Millionen Franken wird uns Schengen jährlich kosten. (Die nicht bezifferbaren gravierenden Kostenfolgen infolge der offenen Grenze nicht eingerechnet!).

Der Bundesrat hat im Vorfeld der Schengen-Abstimmung vom 5. Juni 2005 die Kosten für den EU-Aussen Grenzen-Fonds einfach unterschlagen. Das Schweizer Volk wurde also nicht nur mit Aussagen wie «An der Grenze ändert sich nichts» sondern auch bei den Folgekosten angeschwindelt.

Neues, fremdes Schengenrecht aufgezwungen

Seit der Unterzeichnung der Schengen-/Dublin-Abkommen am 26. Oktober 2004 sind 15 neue «Notifikationen» aus Brüssel eingetroffen, worin die EU die Schweiz über Weiterentwicklungen des Schengenrechts «benachrichtigt» (Tages-Anzeiger, 1.6.2006). Jede dieser Weiterentwicklungen gilt als neuer Staatsvertrag, wobei unser Parlament längst nicht zu allen etwas zu sagen haben wird. Gewisse Verträge liegen ausschliesslich in der Kompetenz des Bundesrates.

PS. Die AUNS hat vor der zwingenden Übernahme von Schengen-Folgerecht wiederholt gewarnt. Leider hat sie einmal mehr Recht behalten. Mit einer Volksinitiative werden wir dafür sorgen, dass unsere Souveränität nicht schrittweise vor die Hunde geht!

Schengen schwächt unser Asyl- und Ausländerrecht

Das neue Asyl- und Ausländergesetz, über das wir am 24. September abstimmen, muss voraussichtlich in zwei wesentlichen Punkten angepasst und abgeschwächt werden.

- Die EU-Kommission will eine Ausschaffungshaft von höchstens 6 Monaten einführen. (Am 24. September 2006 stimmen wir über eine Verlängerung von 9 auf 18 Monate ab.)
- Die EU will (im Unterschied zum Schweizer Recht) eine doppelte Beschwerdemöglichkeit für weg-gewiesene Illegale.

Nach Ansicht der EU-Kommission sind die Richtlinien «über gemeinsame Normen und Verfahren (...) zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger» Teil des Schengen-Rechts und somit verbindlich für die Schweiz.

[Tages-Anzeiger, 01.06.2006]

PS: Die Schweiz möchte erwirken, dass zumindest Teile der Richtlinie für sie nicht bindend werden. Ob das gelingt, ist völlig offen.

Wirtschaftsstandort Schweiz

Schweiz: weltweit attraktiv

Paris/Zürich, 7. Juni 2006 – Anlässlich der 4. «World Investment Conference» in La Baule veröffentlicht Ernst & Young das dritte Attraktivitätsbarometer unter dem Titel «Globalisierung, II. Akt: Europa wehrt sich». Die Studie vergleicht die tatsächliche Anzahl der getätigten Investitionen ausländischer Anleger in Europa im Jahr 2005 mit dem Image Europas bei 1019 ausländischen Investoren. Sie zeigt die heutige und künftige Attraktivität Europas sowie dessen Trümpfe und Schwächen.

Grossbritannien bleibt mit einem Marktanteil von 18,2 % das beliebteste Anlageland. Diese Pole-Position, die Grossbritannien auch auf dem spezifischen westeuropäischen Markt einnimmt, wird dicht gefolgt von Frankreich und der Schweiz auf dem sechsten Platz. Philip Robinson, Mitglied der Geschäftsleitung von Ernst & Young Schweiz, dazu: «Unter den wichtigsten von den Investitionsprojekten betroffenen Branchen belegten 2005 in der Schweiz die Finanzdienstleistungen (21 %) den ersten Rang, gefolgt vom

Bereich Software (20 %), den Finanzintermediären (10 %) und den wissenschaftlichen Geräten (9 %).»

Deutschland ist gemäss der Studie das beliebteste Land der Investoren, liegt aber bei den effektiv getätigten Investitionen lediglich auf Platz drei. Philip Robinson dazu: «Die Praxis belegt, dass die Schweiz für internationale Investoren sehr attraktiv ist, insbesondere bei den asiatischen Partnern, die neue Märkte und Investitionsmöglichkeiten suchen. Die Schweiz genießt in Ländern wie China, Japan

oder Indien einen sehr guten Ruf, sollte diesen aber noch verstärkt und konkreter vermarkten.»

Die Investoren ihrerseits erwarten von Europa massgebliche Reformen: Erhöhte Flexibilität, weniger Reglementierung und mehr Innovation. 57 % der Entscheidungsträger sind der Meinung, dass die Verbesserung der Attraktivität Europas über einschneidende oder grössere Reformen sowie über eine stärkere Sensibilisierung für die wirtschaftlichen Herausforderungen in der Grundausbildung (36 %) führt. Wichtig sei, dass Europa wirtschaftliche, soziale und umweltrelevante Aspekte (30 %) unter einen Hut bringe.

11 800 neu gegründete Unternehmen

2004 wurden in der Schweiz 11 800 Unternehmen «ex nihilo» gegründet und damit über 24 000 Arbeitsstellen geschaffen. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 6 Prozent bzw. 4 Prozent. Dies geht aus der neusten Statistik zu den Neugründungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervor.

2004 legte die Zahl der neu gegründeten Unternehmen zum zweiten Mal in

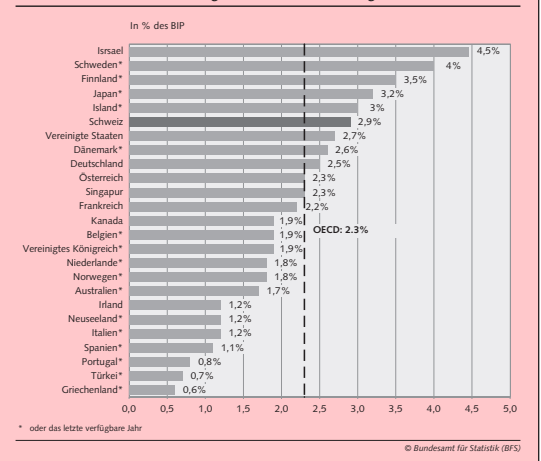
Folge zu. Insgesamt wurden 11 788 Unternehmen neu gegründet, was einer Zunahme von 624 Einheiten entspricht (+6 %). Durch die Neugründungen wurden 24 247 Arbeitsstellen geschaffen; dies entspricht im Vergleich zu 2003 ebenfalls einer Steigerung (+4 %). [Bundesamt für Statistik, Medienmitteilung vom 02.06.2006]

Schweiz im Vergleich

Die Schweiz gibt 2004 2,9 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP)* für Forschung und Entwicklung (F+E) aus. Mit diesem Anteil liegt sie in der Spitzengruppe der OECD-Länder mit der grössten Forschungs- und Entwicklungstätigkeit. Hinter Israel, Schweden, Finnland, Japan und Island belegt die Schweiz Platz sechs, direkt vor den Vereinigten Staaten.

Im Kontext des Lissabonner Ziels, die EU bis 2010 zum weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum zu machen, besteht eine Vorgabe darin, die einheimischen Brutto-F+E-Aufwendungen auf 3 % des BIP zu steigern. Mit ihren 2,9 % 2004 liegt die Schweiz schon sehr nahe an diesem Wert.

G8 F+E-Bruttoinlandsaufwendungen im internationalen Vergleich, 2004



Die Schweiz gehört zu den Ländern, die, relativ gesehen, am meisten finanzielle Mittel für F+E aufwenden. Selbst wenn diese Mittel in absoluten Zahlen eher bescheiden sind, ist die Schweiz in allen F+E-Sektoren sehr produktiv. Sie kann sich gegenwärtig problemlos mit der Mehrheit der OECD- und der EU-Länder messen. Damit die Schweiz diese Position halten kann, sollte sie ihre F+E-Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene unbedingt fortführen, denn die europäischen Länder verdoppeln ihrerseits ihre Anstrengungen.

[Bundesamt für Statistik, Publikation «F+E der Schweiz 2004», 2006]

*Das BIP ist ein Mass für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft im Laufe eines Jahres.

Die EU in der Krise

Die unglaubliche Arroganz der EU-Bürokraten

Giscard d'Estaing: «Die Ablehnung der Verfassung war ein Fehler, der korrigiert werden muss.»

Nach der Ablehnung der EU-Verfassung durch die Franzosen und die Holländer vor rund einem Jahr haben die blamierten und konsternierten EU-Bürokraten der EU bekanntlich eine «Denkpause» verordnet. Ende Mai 2006 tauschten die EU-Aussenminister nun die in der Pause gewonnenen Ideen aus und versuchten die Tatsache beiseite zu wischen, dass diese Verfassung untauglich und tot ist, weil sie die Nationalstaaten «überwinden» will.

Mit «aristokratischer Verachtung für Demokratie und tumbes Volk» (Weltwoche 22/06) verkündete der Vater der Verfassung, Valérie Giscard d'Estaing: «Vor einem Jahr hat nicht Frankreich nein gesagt, sondern 55 % der Franzosen». Die Ablehnung der Verfassung sei ein Fehler gewesen, der korrigiert werden müsse. Bundeskanzlerin Merkel sagte etwas vorsichtiger: «Ich möchte diesen Verfassungs-

vertrag.» Die Deutschen möchten den störischen europäischen Völkern den wieder aufgewärmten Verfassungstext schlaumeierisch als «Grundgesetz» andrehen.

«Es wird auf Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte hinaus unmöglich sein, die kulturell, sprachlich und mentalitätsmässig unterschiedlichen europäischen Völker zusammenzuschweissen.(...) Wenn die EU, die sich je länger, je mehr als teure Fehlkonstruktion erweist, überleben will, tut sie gut daran, von der Hanse zu lernen. Das Leitungsgremium dieses Städtebundes, der Hanse tag, trat jeweils zusammen, wenn Streitfragen dies erforderten. Er behandelte Themen, die das Verhältnis der Städte und Kaufleute (...) untereinander betrafen. Dabei suchte man Einigung durch Konsens. Der

Hanse tag, an dem die Städte nach Gutdünken teilnehmen konnten, hatte keine Zwangsgewalt.»

Hanspeter Born, Weltwoche 22/06

Leserbriefe zum Thema:

Trotz aller Beschwörungen und der Missachtung des Volkswillens durch die Politik ist und bleibt die EU eine faktische Diktatur, an welche die einzelnen Staaten durch ihre Mitgliedschaft ihre Freiheit und Unabhängigkeit verkaufen. Den Bürgern bringt es rein gar nichts ausser noch mehr Steuern und Abgaben auf ihr sauer verdientes Geld. Damit die Staaten sinnvoll zusammenarbeiten können, ist kein aufgeblähter EU-Apparat nötig, der sich auf Kosten der Einzelstaaten finanziert und bereichert.

Achim Wolf, Mannheim

Erweiterungswahn beenden!

Die Europäische Union will den Balkanstaaten eine «europäische Perspektive» geben. Hinter dieser Floskel verbirgt sich nichts anderes als die Einladung an Staaten wie Serbien, Bosnien oder Albanien, doch endlich ein Beitrittsgesuch nach Brüssel abzuschicken. In diesem Erweiterungstaumel werden von der EU-Polit-Nomenklatura die vielfältigen Probleme aller dieser Länder – wie ethnische Spannungen, internationaler Menschen- und Drogenhandel sowie Korruption und Misswirtschaft – bewusst verharmlost. Dringend wäre ein sofortiger Erweiterungsstopp mit Ausnahme Kroatiens, das die Beitrittskriterien erfüllt und kulturhistorisch in Mitteleuropa verankert ist. Anstatt bei den Balkanstaaten die Hoffnung auf eine baldige EU-Mitgliedschaft zu erwecken, sollte Brüssel mit ihnen in Form von Partnerschaftsabkommen, ohne Beitrittsziel, zusammenarbeiten.

Andreas Mölzer, EU-Abgeordneter

300 Millionen pro Jahr für den Wanderzirkus EU-Parlament

Die 732 EU-Parlamentarier zügel einmal im Monat samt allen Aktenbergen (in 20 Sprachen), mit Journalisten, Lobbyisten und dem ganzen Tross von Brüssel nach Strassburg und im Folgemonat wieder in die Gegenrichtung. Der weltweit einmalige Luxus kostet die Europäische Union jährlich rund 300 Millionen Franken und könnte nur mit einstimmigem Beschluss aller Staats- und Regierungschefs beseitigt werden. Dagegen wehrt sich Frankreich aus Prestige Gründen, weil die EU-Gründernation dann über keine bedeutende EU-Institution mehr verfügen würde. Man leistet sich diesen ungeheuren Luxus, obwohl der Glaspalast in Strassburg nur 48 Tage im Jahr genutzt wird. Das EU-Parlament verfügt neben den beiden Glaspalästen in Strassburg und Brüssel mit Büros, Sitzungsräumen, Restaurants und allem, was dazu gehört, in Luxemburg auch noch über den Sitz der Parlamentsverwaltung. Obwohl die EU-Parlamentarier wiederholt um das Recht kämpften, ihren Tagungsort selbst zu bestimmen, ist der hunderte von Millionen teure «Wanderzirkus» geblieben. Mit dem Bau eines neuen, 450 Millionen teuren Parlamentsgebäudes in Strassburg hat Frankreich erfolgreich langfristig Fakten geschaffen.

Auch ohne die zusätzlichen Aufwendungen für Dolmetscher leistet sich die EU auf Grund der komplizierten Strukturen einen Parlamentsapparat, der pro Abgeordneten und Jahr rund 4 Millionen Franken kostet! Soll sich an dieser Geldverschleuderung auch die Schweiz beteiligen?

[Tages-Anzeiger, 15.05.2006]

Aus dem Bundeshaus

Rückenschuss von Bundesrätin Calmy-Rey

An der Jahreskonferenz der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) vom 7.4.2006 hat Aussenministerin Calmy-Rey «die Frage aufgeworfen» (Tagesanzeiger, 8.4.06), ob die im Asyl- und Ausländergesetz vorgesehenen Verschärfungen mit den Menschenrechten, der Menschenwürde und mit dem Grundsatz der Rechtsgleichheit im Einklang stünden. Mit dieser konstruierten Fragestellung, die über ihre ablehnende Haltung zu den

beiden bundesrätlichen Vorlagen keinen Zweifel offen lässt, verstösst Frau Calmy-Rey in krasser Weise gegen das Kollegialitätsprinzip.

Damit nicht genug. Im «Blick» vom 2.6.2006 lässt sie verlauten: «Das neue Gesetz macht mir Sorge, weil es internationale Menschenrechts-Konventionen verletzen könnte. Es geht um die Glaubwürdigkeit der Schweiz.»

Frau Calmy-Rey fällt damit ihren Bundesratskollegen in den Rücken und

desavouiert gleichzeitig das Parlament. Nachdem sie sich aussenpolitisch vor allem darauf beschränkt, sich zum Schaden unserer Neutralität in fremde Konflikte einzumischen, sich selbst zu inszenieren und in aller Welt Millionenbeträge zu verteilen, versucht sie nun auch noch die beiden Vorlagen zur Asyl- und Ausländerpolitik zu sabotieren. Wie lang ist eine solche Bundesrätin noch tragbar?

Missbrauch der 1.-August-Feier auf dem Rütli?

Nationalrat Hans Fehr hat am 11. Mai 2006 eine Einfache Anfrage mit folgender Stossrichtung eingereicht (gekürzte Form):

Die Vorgeschichte

Nach dem fadenscheinigen Verzicht von Bundespräsident Leuenberger, als

Bundesfeier-Festredner auf dem Rütli aufzutreten, hat die Rütlikommission der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft ausgerechnet Markus Rau, den ehemaligen Swisscom-Präsidenten, als Redner eingeladen. Offenbar hat er sich mit seinen absurden Äusserungen gegen das Asylgesetz, über das wir

am 24. September abstimmen, profiliert. Im Weiteren wird für die diesjährige Rütli-Bundesfeier ein gewaltiger Kontroll-, Sicherheits- und Überwachungsaufwand inszeniert, als ginge es gegen al-Qaida. Dies alles wegen einiger pubertärer Spinner und ihrer Mitläufer, welche die Feier letztes Jahr gestört haben.

Fragen an den Bundesrat:

- Ist es im Sinn des Bundesrates, dass auf dem Rütli, welches dem Schweizer Volk gehört, für die Bundesfeier wegen einiger pubertärer Spinner und ihrer Mitläufer mit Bundeshilfe ein derart gewaltiger Kontroll- und Sicherheitsapparat aufgezogen wird, als ginge es um eine Anti-Terror-Aktion? Wirkt eine solche Gross-Inszenierung nicht geradezu als Provokation?
- Was sagt der Bundesrat zur Aussage von Markus Rauh, mit dem revidierten Asylgesetz würden wir abgewiesene Asylsuchende «quasi obrigkeitlich in unserer Mitte verhungern, verdursten und erfrieren lassen»? (Tagesanzeiger vom 6.2.2006). Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass Rauh aufgrund dieser absurden Behauptungen als Rütli-Festredner denkbar ungeeignet ist und für viele Leute eine Provokation darstellt?
- Ist es nicht zweckmässiger, wenn zur Rütli-Bundesfeier ein paar hundert kräftige Schwinger und Treichler eingeladen werden, die nur schon aufgrund ihrer Präsenz Störaktionen im Keim ersticken würden?

«Schachspirale» – ein Meisterwerk von Oskar Freysinger

Mit dem Buch «Schachspirale» ist Oskar Freysinger, Nationalrat und Vorstandsmitglied der AUNS, in mehrfacher Beziehung ein Meisterwerk gelungen. Man ist durch die brillante Sprache und die Sprachbilder – beispielsweise wenn der Autor verschiedene Charaktere oder das Erwachen eines neuen Tages in Moskau beschreibt –, ebenso fasziniert wie durch die packende Schilderung des Geschehens, das während der Russischen Revolution seinen Lauf nimmt und 1968 in Paris endet.

Dazwischen werden die Hauptpersonen in verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Örtlichkeiten auf spannende, schicksalshafte Weise miteinander in Beziehung gesetzt. Im Mittelpunkt des Geschehens steht Gagarin, ein glühender Verfechter und Gefolgsmann eines «guten Kommunismus», der die Gegner des Systems nicht mit Folter und Brutalität, sondern mit der zwingenden Logik des Schachspiels, (das er für seine Zwecke allerdings manipuliert), und durch Einsicht auf den «rechten Weg» bringen will. Am Ende wird Gagarin jedoch selbst – und mit ihm das totalitäre System – «schachmatt» gesetzt. Dies, weil eine Liebesgeschichte den wachsenden Konflikt mit seiner Ideologie zusätzlich verschärft, und weil das System letztlich am Wesen des Menschen vorbeigeht. Wir wünschen Ihnen eine hochspannende Lektüre.

(Bestelltalon in der Beilage)

Unterstützen Sie die Postverteilung des AUNS-Europaberichts!

Der Bundesrat wird bald einen so genannten Europabericht publizieren. Der von der Bundesverwaltung abgefasste Bericht soll die verschiedenen europapolitischen «Optionen» untersuchen. Alle Indizien sprechen dafür, dass der EU-Beitritt favorisiert wird. Somit bleibt der EU-Beitritt aussenpolitisches Ziel des Bundesrates und der Verwaltung.

Die AUNS hat – mit eigenem Geld! – einen wissenschaftlich fundierten aber dennoch leicht lesbaren Bericht über die «Varianten der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU» vorbereitet. Unser Bericht zeigt die verschiedenen europapolitischen Wege auf, er nennt die neuesten Zahlen und Grafiken und kommt zu einem klaren Befund über den zu wählenden europapolitischen Weg.

Die AUNS will die einseitige EU-Propaganda aus Bundesbern durchbrechen. Deshalb ist die Postverteilung der Broschüre in der ganzen Schweiz mit Gesamtkosten von rund 800 000 Franken geplant. Mit Ihrer grosszügigen Spende helfen Sie mit, das Projekt zu realisieren.

Benützen Sie bitte den beigelegten Einzahlungsschein. Besten Dank.



Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Ich trete der AUNS bei als Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.
Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Geworben durch: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31
Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC-Konto 30-10011-5